



USA: Government Shutdown

Die zunehmenden innenpolitischen Probleme kontarieren die auf
Stärke, auf “entweder oder” bzw. “alles oder nichts“ orientierte
Außenpolitik der USA.

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: Februar 2014

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Einleitung

In den letzten Jahren ist die politische Oligarchie der USA von Haushaltkrise zu Haushaltkrise getrieben worden. Sowohl die Sorge rund um Staatshaushalt und Jahresbudget als auch um die erforderliche Beherrschung der gigantisch angewachsenen Staatsschulden wurden zu Schwerpunkten für politische Entscheidungen sowohl des Präsidenten als auch für die Mitglieder beider Kammern des Kongresses. Die jährliche Erarbeitung eines Vorschlages für Staatshaushalt/Budget fällt in den Aufgabenbereich der Mitglieder des Repräsentantenhauses. Zur Stellungnahme und für Ergänzungsvorschläge sind die Senatsmitglieder verpflichtet. Danach erfolgt die gemeinsame parlamentarische Verabschiedung des Budgets und des Staatshaushaltplanes unter Einschluss der Abrechnung des vorangegangenen Jahres.

Berücksichtigt werden muss, dass sich dabei im gleichen Zeitraum unter den Parlamentariern zwischen Demokraten und Republikanern gegenseitig widersprechende, zum Teil sogar sich gegenseitig ausschließende Vorstellungen über die notwendigen Staatsausgaben entwickeln. Darin widerspiegeln sich die im Kongress und bis in die US-Gesellschaft hinein entstandenen Formen der politisch-ideologischen Auseinandersetzung und einer Politik der Blockade, die meist mit kontraproduktiven Entscheidungen in der Haushaltspolitik verbunden sind.

Berücksichtigt werden muss ebenfalls, dass die enorm angewachsenen Staatsschulden jährlich erneut ausländische Kredite erfordern. Beantragen kann diese Kredite nur der Kongress. Zur Feststellung notwendiger Kredit-Erhöhen existiert eine Schuldenobergrenze, deren Veränderungen vom Kongress zu begründen sind. Der Kongress beantragt dies schriftlich beim Bundesfinanzminister. In den vergangenen drei Jahren stand der Staatshaushaltplan einschließlich des Jahresbudgets nicht fristgemäß zum 1. Oktober (Beginn des Haushaltjahres) zur Verfügung. In einem solchen Fall ist ein eingesetzter Haushaltvermittlungsausschuss verantwortlich, dass am 17. Oktober die zur Eröffnung des Haushaltjahres die beiden notwendigen Dokumente (Antrag

für ein Budget und Antrag bei Erhöhung der Schuldenobergrenze) für die Verabschiedung durch den Kongress vorliegen.

Zum Shutdown 2013

In diesem Jahr kam es zu einem bisher in der Geschichte der USA nicht bekannten und zugespitzten Haushaltstreit zwischen republikanischen und demokratischen Politikern, besonders im Kongress. Eine zugleich durch gigantisch hohe Staatsschulden ausgelöste Krise bestimmte die politische Landschaft des gesamten Landes und die damit einhergehende besonders scharfe kritische politische Atmosphäre in der Bundeshauptstadt Washington.

In der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 2013 rief Präsident Barack Obama anlässlich des bevorstehenden Beginns des Haushaltjahres – 1. Oktober 2013 bis 30. September 2014 - zu sich ins Weiße Haus zur Beratung des Themas: „Die Lage im Haushaltstreit und zur gegenwärtigen Schuldenobergrenze“.

Ergebnis dieser Beratung:

Zum Zeitpunkt des beginnenden neuen Haushaltjahres lagen die beiden genannten Anträge zur Verabschiedung durch das Parlament (Budget und Veränderung der Schuldenobergrenze) nicht vor. Damit drohte dem Superstaat USA zunächst die Zahlungsunfähigkeit mangels Nichtvorhandensein der rechtlichen Fundamente für die Begleichung aller laufenden finanziellen Verpflichtungen. Der gesamte US-Staatsapparat mit seinen rund drei Millionen Beschäftigten musste also in seiner Wirksamkeit teilweise still- und lahm gelegt werden, d. h. es entstand der Zustand eines Shutdown. Das betraf 800.000 Staatsbedienstete, die sofort zwangsweise bis zum Vorhandensein eines Budgets und dem Antrag auf Erhöhung der Schuldenobergrenze in den unbezahlten Urlaub versetzt wurden. Außerdem erfolgte die sofortige Schließung von mehr als 400 Nationalparks und Gedenkstätten. Davon betroffen waren auch sämtliche staatliche Museen des Landes.

Die internationale Bedeutung des US- „Government Shutdown“ im Jahr 2013

Der Etat- und Fiskalstreit in den USA ist keine rein nationale Angelegenheit mehr, da Probleme der größten Volkswirtschaft der Welt und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft insgesamt für alle Länder der Erde von existentieller Bedeutung sind.

Die Jahrestagung 2013 der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) fand im Oktober in Washington, D.C., statt. Im Zentrum der Diskussion standen: Wachsende Sorgen um erneute globale Marktturbulenzen und eine neue weltweite Rezession, die die leichte weltwirtschaftliche Erholung gefährdet. In der Abschlusserklärung des Lenkungsausschusses des IWF hieß es verhalten dazu: „Die Vereinigten Staaten müssen dringende Maßnahmen ergreifen, um die kurzfristigen finanziellen Unsicherheiten anzugehen.“

Die Finanzminister und Notenbankchefs der 188 Mitgliedsstaaten des IWF hofften auf die rechtzeitige Abwendung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit der USA. Doch ist es wirklich „undenkbar, dass keine Einigung gefunden wird“? wie der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi fragte. USA-Finanzminister Jack Lew musste einräumen, dass sein Land mit dem innenpolitisch motivierten Haushaltsstreit zwischen Republikanern und Demokraten seine Rolle als „Anker des internationalen Finanzsystems“ aufs Spiel setze.

Für Diskussionen sorgte zudem die erwartete Abkehr der Washingtoner Notenbank von der Politik des „billigen Geldes“. Im IWF-Abschlussdokument heißt es dazu mit Blick auf die internationalen Folgen: „Der letzte Übergang zu einer Normalisierung der Geldpolitik sollte zeitlich gut abgepasst, vorsichtig justiert und klar kommuniziert werden“,

Auch bekannte europäische Tageszeitungen vermittelten realistische Einschätzungen über die krisenhaften Ereignisse in den USA. In ihren Ländern war, wie in den internationalen Organisationen, die Aufmerksamkeit in hohem Maße auf deren Lösung mit allen ihren Folgeerscheinungen konzentriert. Wir belegen das durch die Wiedergabe einiger Pressestimmen:

Le Monde (Paris)

„Es wäre falsch zu glauben, dass es über die ‚Obamacare‘ wirkliche Meinungsunterschiede zwischen Republikanern und Demokraten gibt. Die Reform ist nur ein Vorwand, den der extremistische, fundamentalistische Kern der republikanischen Partei, die Tea Party, gewählt hat, um Obamas Präsidentschaft zu sabotieren. Für das Verhalten der Tea Party gibt es keine rationale Erklärung. Da ist nur der Hass für diesen Präsidenten und ein Politikverständnis, das einem permanenten Bürgerkrieg entspricht.“

Wedomosti (Moskau)

„Die große Einkommenslücke und die Unzufriedenheit eines großen Teils der Mittelklasse haben zu einer Polarisierung der Wähler geführt. Ihr erheblicher Einfluss auf die Kongressleute zeigt sich in der harten, kompromisslosen Haltung vieler Republikaner, welche die Finanzfrage in eine ideologische verdrehen. Die aktuelle Krise bedeutet, dass es in der Zukunft für die Gegner immer schwieriger werden wird, sich in Schlüsselfragen zu verständigen“

Neue Zürcher Zeitung

„Welchen Vorteil sich die Republikaner von dieser verrückten Taktik erhoffen, bleibt ein Rätsel. Ihre Forderung läuft darauf hinaus, dass Obama zustimmen soll, seine bedeutendste innenpolitische Errungenschaft (die Gesundheitsreform) über Bord zu werfen. Das werden die Demokraten niemals tun. Sie wissen, dass sie für ihre Haltung viel Verständnis finden und die Amerikaner die Schuld am Shutdown mehrheitlich den Republikanern geben werden. Wenn nicht alles täuscht, werden die Republikaner einen Preis für ihre Fehlkalkulation bezahlen müssen. Ein besseres politisches Geschenk hätten sie den Demokraten dreizehn Monate vor den nächsten Kongresswahlen jedenfalls nicht machen können.“

Frankfurter Rundschau

„Niemand zuvor hat sich so deutlich gezeigt, dass es nur einer kleinen Gruppe von verantwortungslosen Volksvertretern bedarf, um das produktive Miteinander von Parlament, Präsident, und Oberstem Gerichtshof in ein chaotisches Gegeneinander zu verwandeln. Die Prinzipienlosigkeit und die Rücksichtslosigkeit einiger weniger müssen nur stark genug ausgeprägt sein, dann klappt das schon. Die Tea-Party-Truppe bei den Republikanern nahm ihre eigene Partei und mit

ihr das ganze Land in Geiselhaft. Sie erklärte schlichtweg, sie werde einem neuen Staatshaushalt erst dann zustimmen, wenn im Gegenzug die Einführung der ihr verhassten Gesundheitsreform Obamacare verschoben würde. Darauf konnte der Präsident überhaupt nicht eingehen, denn er hätte sich mitschuldig gemacht an einer groben Verletzung parlamentarischer Gepflogenheiten.“

Zur Abwendung des Staatsbankrott

Bereits am zweiten Tag nach der am 1. Oktober 2013 ausgelösten teilweisen Stilllegung des Staatsapparates und anderer in dieser selben Richtung erfolgter Maßnahmen gab es in verschiedenen US-Bundesstaaten erste zaghafte Erklärungen einzelner Senatoren beider Streitparteien, dass sie sich an der Auffindung einer Kompromisslösung im Haushaltstreit beteiligen würden. Überhaupt waren es Senatoren mit ihren beiden führenden Repräsentanten im Senat, Harry Reid als der Mehrheitsführer der Demokraten und Mitch McConnell als Chef der republikanischen Minderheit, die sich dafür einsetzten, dass beide Kammern des Kongresses zur richtigen Zeit eine Einigung für die Verabschiedung eines Budgets und der Erhöhung der Schuldenobergrenze herbeiführen könnten. Am 11. Oktober gaben sie in führenden Presseorganen Interviews, in denen sie versicherten, übereinstimmende Einigungen gefunden zu haben.

Am Vormittag des 16. Oktober 2013 verabschiedete der Senat mit dem Ergebnis 81 zu 18 mit großer überparteilicher Mehrheit die erzielte Kompromisslösung. Präsident Barack Obama verkündete daraufhin sofort im Presseraum des Weißen Hauses zwei Botschaften:

- * Eine Botschaft an die Börsen der Welt: „Sorgt euch nicht!“
- * Dann kommt die Botschaft an alle Landsleute: „Hoffentlich ist es das nächste Mal nicht wieder fünf vor zwölf!“

Damit unterstrich Obama seine Kompromissbereitschaft und appellierte an Demokraten und Republikaner, künftig zusammenzuarbeiten.

Am 17. Oktober 2013 kapitulierte der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, John Boehner, per Telefon im Radio - ausgerechnet während einer rechtspopulistischen Talkshow - mit der Erklä-

rung : „Wir haben gut gekämpft. Wir haben einfach nicht gewonnen.“ Damit hat er wissen lassen, dass er die im Senat gefundenen Einigungen beider Fraktionen zur Erhöhung des Schuldenlimits und das Ende des Shutdown nicht mehr blockieren wird.

Die Abstimmung der Abgeordneten des Repräsentantenhauses beider Fraktionen zur Senatsvorlage erfolgte am 17. Oktober 2013 knapp zwei Stunden vor Fristablauf um Mitternacht mit dem Ergebnis: 285 zu 144 bei 3 Enthaltungen. Damit war für den US-Kongress die Beseitigung des Zustandes einer Zahlungsunfähigkeit zwar noch nicht völlig beseitigt, aber für eine bestimmte Zeit hinausgeschoben: Mitte Dezember musste der Entwurf eines Jahresbudgets 2013/2014 vorliegen und für die neue Schuldengrenze musste das Dokument bis zum 7. Februar 2014 eingereicht sein. Die Termine wurden eingehalten: Ein Doppelhaushalt-Entwurf, also für die Haushaltjahre 2013/2014 und 2014/2015, wurde von republikanischen und demokratischen Komiteemitgliedern gemeinsam erarbeitet und vorgelegt. Und was die Schuldenproblematik betrifft, teilte der Finanzminister Jack Lew in einem Brief vom 7. Februar 2014 an den Vorsitzenden im Abgeordnetenhaus, John Boehner, mit, dass das vom Kongress festgelegte strikte Kreditlimit erledigt ist. Der Zustand einer Zahlungsunfähigkeit für die weltgrößte Volkswirtschaft bleibt ab 27. Februar 2014 abgewendet. Der Doppelhaushalt 2014/2015 pasierte den Senat mit einem Stimmenverhältnis von 64 JA- und: 36 NEIN- und das Repräsentantenhaus mit 332 JA- und 94 NEIN.

Präsident Obama begrüßte die Verabschiedung des Budgetplanes als "ersten guten Schritt weg von der kurzsichtigen, von Krisen getriebenen Entscheidung, die unsere Wirtschaft nur gebremst hätte." Das Weiße Haus äußerte sich ebenfalls zufrieden. Die Einigung gebe Anlass zu Optimismus, dass mehr Zusammenarbeit zwischen Republikanern und Demokraten möglich wird, sagte Regierungssprecher Jay Carney: "Es ist unsere Hoffnung, dass vor allem die Republikaner im Repräsentantenhaus die Weisheit erlangen, die Dinge zu erledigen, die das amerikanische Volk getan sehen möchte - wie etwa die Haushalteinigung,

Unterstützung des Wirtschaftswachstums, Hilfe für die Mittelschicht."

Zum Zustand der Republikanischen Partei

Die Fraktion der Republikanischen Partei war gespalten in moderate und rechtspopulistische, die Tea Party Bewegung unterstützende Mitglieder. Die Republikanische Partei hat in den 16 Tagen Shutdown die größten politischen Schäden erlitten und muss sicherlich auch noch bis hinein in ihre Basisorganisationen eine ganze Reihe Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern überwinden. 2014 ganz speziell im Zusammenhang mit den Kongresswahlen und zur Gewinnung von Kandidaten für die Ausübung von Funktionen in den Städten, Gemeinden und den Wahlkreisen.

In einem Bericht von John Dyer aus Boston hieß es:

„Aus Spannungen wurde ein offener Konflikt. Der US-amerikanische Haushaltsstreit hat die Gräben bei den Republikanern deutlich gemacht. Die Partei ist in zwei Fraktionen gespalten, die sich erbittert gegenüber stehen; die ultrarechte Tea Party und moderat konservative Politiker.

Der eigentlich politische Rivale, die Demokraten, profitierten von dem Streit. „Es ist ein Bürgerkrieg“, sagt der konservative Wahlberater Richard Viguerie über den Zwist innerhalb der ‚Großen Alten Partei.‘ Die regierungsfeindliche Tea Party nahm jenen Flügel ins Visier, der sich im Streit um Haushalt und Schulden-grenze für eine Einigung mit dem demokratischen Präsidenten Barack Obama ausgesprochen hatte. Bei den parteiinternen Vorwahlen im kommenden Jahr will sie gemäßigten Republikanern eigene Kandidaten aus dem Lager der Tea - Party - Bewegung gegenüberstellen. Die bisherigen Amtsinhaber hätten sich zu sehr mit den Gegebenheiten eines mächtigen Staates arrangiert.

John Dyer berichtet weiter über die Tea Party: „Nach einer aktuellen Umfrage des Pew Research Center hat die Hälfte der US-Amerikaner eine negative Meinung von der Tea Party, lediglich ein Drittel unterstützt sie. Der Rückgang bei den Sympathiewerten sei unter Anhängern der Republikaner besonders stark. Ak-

tuell haben lediglich 27 Prozent der moderaten und liberalen Republikaner eine positive Meinung von der Tea Party, im Juni waren es noch 46 Prozent.“ (Quelle: vom 28. Oktober 2013, S. 8 nd Artikel von John Dyer, Boston, „Republikanern droht die Spaltung.“)

Anfang November 2013 fanden in New York Bürgermeisterwahlen statt, bei der ein linksliberaler Politiker, namens De Blasio, gewählt wurde, der als eine Ausnahmeerscheinung in der US-Politik eingeschätzt wird: Ohne Scheu benennt er die europäische Sozialdemokratie als Vorbild und tritt für eine gerechte Verteilung des Wohlstands ein. Was man ihm sofort zutraut, ist eine liberalere Tonart in der Stadtverwaltung im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem steinreichen konservativen Politiker Bloomberg.

Im gleichen Zeitraum fanden Gouverneurswahlen im US-Bundesstaat New Jersey statt. Den Wahlsieg wiederholte der in den USA geschätzte republikanische Politiker Chris Christie. Letzterer befindet sich, wie in vielen Bundesstaaten berichtet wird, in einer guten Position auch in seiner eigenen Partei. Er kandidierte Mitte November 2013 mit Erfolg für die Präsidentschaft der Vereinigung republikanischer Gouverneure. Es verbreitet sich immer mehr die Meinung, Chris Christie sollte ebenso den Vorsitz in der Republikanischen Partei übernehmen und sich im Präsidentschafts-Wahlkampf 2016 als nächster Präsident der USA bewerben, denn er könne doch das, was so hervorragend und beispielhaft in New Jersey funktioniert hat, auf die USA als ganzes Land übertragen.

Zu den Kosten des 16-tägigen Shutdowns vom 1. bis 17. Oktober 2013 und seinen vielfältigen Folgen

Einheimische, von Staatsmacht und Öffentlichkeit anerkannte Beobachter und Analytiker der Entwicklung in den USA, verweisen auf folgende Ironie in der Situation zum Herbst/Winter 2013: Alle Zahlenangaben sind vorläufig, da Regierung und Administration 16 Tage lang keine Wirtschafts- und Konjunkturstatistiken angefertigt haben. Diese nicht nur für die Wall Street relevanten Daten - Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosigkeit, Einzelhandelsumsatz, Verbrauchervertrauen - lagen seit dem 1. Oktober 2013

nicht mehr vor. Die staatlichen Experten könnten womöglich Wochen brauchen, um den Rückstand aufzuarbeiten. Bis dahin müssen Schätzungen reichen. Die sind trübe. Alle Ökonomen sind sich einig, dass der Shutdown das US-Wachstum gedrückt hat und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das vierte Quartal des Jahres 2013 deshalb deutlich unter den Erwartungen bleiben wird - 0,3 bis 0,6 Prozentpunkte je nachdem, wen man fragt.

Die Analytiker von Macro-economic Advisers schlüsselten die Folgen kürzlich in einem Report auf: Demnach beeinflussen die endlosen US-Schuldenkrisen das Wachstum schon seit Ende 2009. Die US Rating -Agentur Standard & Poor (S&P) verweist auf das schwächelnde Vertrauen der US-Verbraucher, die mehr als zwei Drittel zur Wirtschaftsleistung beitragen. Der Schock der Konsumenten über das Drama in Washington könnte die negativen Konsequenzen bis ins nächste Jahr strecken.

Die Kettenreaktion reicht durch alle Sparten, ob direkt vom Regierungsapparat abhängig oder nicht, von Immobilien über die Ölbranche bis hin zum Einzelhandel. Viele drosselten ihre Planung schon vor dem Shutdown in Erwartung finanzieller Einbußen. Bei einer Umfrage des Industrieverbands -Business Roundtable sagte jeder zweite Vorstandschef, er werde im kommenden Halbjahr präventiv weniger Mitarbeiter einstellen als vorgesehen.

Die einflussreiche US Rating -Agentur Standard & Poor (S&P) sowie einige anerkannte Ökonomen, so Stephen Fuller von der George Mason University, haben den wirtschaftlichen Schaden der USA durch die 16 Tage teilweise Schließung/Lahmlegung der Verwaltung auf mindestens 24 Milliarden Dollar geschätzt. Der Haushaltnotstand hat allein für den Großraum Washington täglich bis zu 200 Millionen Dollar gekostet.

Zu den für die USA entstandenen Verlustposten gehörten: 3,1 Mrd. Dollar durch die Zwangsbeurlaubung von 800 000 Regierungsangestellten, 152 Millionen Dollar pro Tag an Tourismuseinnahmen für Museen, 76 Millionen Dollar pro Tag durch die Schließung von mehr als 400 Nationalparks und Gedenkstätten.

Der Chefökonom des bekannten Investmenthauses Goldman Sachs, Jan Hatzius, wagte die Voraussage, dass der Shutdown der Regierung das für das vierte Quartal 2013 errechnete Wachstum in den USA von 2,5 Prozent um 0,5 Prozentpunkte nicht erreichen wird. Das wäre immerhin ein Fünftel des vorhergesehenen Wertes.

Der Chef des Einzelhandelskonzerns ‚Family Dollar‘, Howard Levine, dessen Unternehmen 7100 Filialen einkommensschwache Bürger bedienen, erklärte: „Die Gefahr des Shutdowns, die Unsicherheit über staatliche Unterstützung, die Unsicherheit über den Beschäftigungsanstieg sind für unsere Kunden sehr real.“ Dirk Van Dongen, der Präsident des Handelsverbandes NAW, beschrieb im „Wall Street Journal“ die Stimmung unter seinen Kollegen so „Enorme Frustration und Angst.“

Die Strippenzieher der Haushalt- und Schuldenkrise brachten also jene Kräfte in der Gesellschaft gegen sich auf, deren Banner sie sonst für sich beanspruchen.

Die US-Bürger sind mit der Politik so unzufrieden wie seit 74 Jahren nicht mehr. Mindestens ein Drittel bezeichnete die nicht mehr voll funktionierende Regierung in Washington als größtes Problem des Landes, geht aus einer Gallup - Umfrage hervor. Das ist der höchste Wert seit dem Jahr 1939.

Und so sahen die Auswirkungen im Großen wie in kleineren Beispielen aus:

- * Mitarbeiter der Flug- und Grenzsicherheit sowie Angestellte in Krankenhäusern und Postboten mussten weiter zur Arbeit gehen, aber sie erhielten nur Schuldscheine statt Lohnschecks.
- * Die Reisepläne Tausender Urlauber des In- und Auslands, die den berühmten Yosemite - Park oder andere Sehenswürdigkeiten in den USA besuchen wollten wurden, durchkreuzt. Nationalparks, Museen, Monumente waren geschlossen.
- * Die nationale Sicherheit war gefährdet, weil 70 Prozent der zivilen Geheimdienstmitarbeiter im Zwangsurlaub geschickt wurden.
- * Das US-Verteidigungsministerium hat nach einer Woche Zwangsurlaub diejenigen seiner 400.000 Mitarbeiter zurück-

geholt, deren Tätigkeit „zur Moral, dem Wohlergehen und der Einsatzbereitschaft“ der Streitkräfte beitragen.

- * In einer Turnhalle im Washingtoner Vorort Beltsville konnten beurlaubte Regierungsangestellte kostenlos Sport treiben. Im US-Staat Virginia wurden ihnen Strickkurse angeboten. Im US-Staat Maryland bot eine Brauerei Gratis - Touren an. Ein Restaurant in Virginia offerierte Gratis - Menüs für Regierungsangestellte, ausgenommen US-Kongressmitglieder.
- * Angehörige getöteter Soldaten erhielten kein Sterbegeld von der Armee. Vorerst sollte eine private Stiftung das Geld bereitstellen.
- * In der Antarktis wurden die US-Forschungsstationen geschlossen. alle Forschungsprojekte auf Eis gelegt.
- * Wegen der Etatkrise musste auch die US-Vertretung in Berlin sparen. Einige Veranstaltungen und Reisen wurden abgesagt.
- * In US - Militäreinrichtungen fallen katholische Gottesdienste aus. Militärgeistlichen, die in den USA im öffentlichen Dienst angestellt sind, drohte eine Haftstrafe, falls sie Gottesdienste abhalten.

Seit zehn Jahren eröffnet Kaplan Barry Black mit einem Gebet die Sitzungen des US-Senats. Jetzt liest er dabei den Streithähnen die Leviten. „Rette uns vom Wahnsinn“, flehte Black von den Siebenten-Tags-Adventisten kürzlich den Herrgott an. „Erlöse uns von der Scheinheiligkeit, dem Versuch, vernünftig zu klingen, während wir unvernünftig sind.“

Zitiert nach: doe/mit dpa Reuters, AFP. In Berliner Zeitung vom 11. Oktober 2013, S.2

Die Gesundheitsreform, auch bekannt unter Obamacare, als Reformbilanz des US-Präsidenten

Es geht um das Schicksal der Gesundheitsreform von Präsident Barack Obama, seinem seit Amtsantritt wichtigsten Prestige- und Vorzeigeprojekt. Werden 41 Millionen Bürger der USA, die bisher über keine Krankenkassenversorgung verfügten, erstmals eine solche erhalten und werden außerdem bedeutsame Erweite-

rungen und Verbesserungen durch neue medizinische Geräte im gesamten US-Gesundheitssystem zum Tragen kommen?

Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Professor Joseph Stiglitz, hat in seinem neuesten Standardwerk von 2012 „**Der Preis der Ungleichheit**“ mit dem Untertitel: „Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht“ über das Gesundheitssystem und speziell „Zur Krankenversicherung für alle“ in den USA“ wesentliche Bewertungen niedergelegt. Sie helfen, Aufschluss zu geben, warum Präsident Obama bisher nicht viel von seiner Gesundheitsreform umgesetzt hat und dementsprechend widerspruchsvoll seine Reformbilanz aussieht. So hat Joseph Stiglitz vor allem folgende „unangenehme Tatsachen über die US- Wirtschaft“ wissenschaftlich exakt nachgewiesen:

- * Die jüngsten Einkommenszuwächse flossen überwiegend dem oberen einen Prozent der Einkommensverteilung zu. Die Folge davon ist wachsende Ungleichheit.
- * Den Haushalten mit niederen und mittleren Einkommen geht es heute finanziell schlechter als zu Beginn des Jahrhunderts.
- * Die Disparitäten in der Vermögensverteilung übertreffen noch die der Einkommensverteilung.
- * Ungleichheit tritt nicht nur beim Einkommen, sondern auch bei zahlreichen anderen Variablen zutage, in denen sich der Lebensstandard widerspiegelt, etwa bei der Frage der Arbeitsplatzsicherheit und im Bereich Gesundheit,
- * Für sozial schwache Haushalte sind die Lebensumstände besonders schwierig - und sie haben sich in der Rezession auch weiter verschlechtert.
- * Es findet eine Erosion der Mittelschicht statt.
- * Die Ungleichheit ist in den USA ausgeprägter als in allen anderen fortgeschrittenen Industrienationen. Der Staat tut hier weniger, um diese Ungerechtigkeiten zu korrigieren, und die Ungleichheit verschärft sich deutlicher als in vielen anderen Ländern. (S. 56)

Das Kapitel 10 seiner Analyse „Der Preis der Ungleichheit“ widmet Joseph Stiglitz dem Thema „Eine andere Gesellschaft ist möglich“ und beantwortet dabei die besondere Bedeutung von

„Krankenversicherung für alle. Die zwei wichtigsten Hindernisse für die Verwirklichung ökonomischer Ambitionen sind der Verlust des Arbeitsplatzes und Krankheit. Beide zusammen ergeben eine tödliche Kombination, die oft mit einer Privatinsolvenz einhergeht. Die Krankenversicherung wird in Amerika traditionell vom Arbeitgeber bereitgestellt. Dieses ineffiziente und antiquierte System hat im erheblichen Maß zu der Tatsache beigetragen, dass die Vereinigten Staaten das insgesamt ineffizienteste und leistungsschwächste Gesundheitssystem aller fortgeschrittenen Industriestaaten haben.

Das Problem besteht nicht darin, dass wir zu viel ausgeben. Das Problem ist, dass wir für unser Geld keinen angemessenen Gegenwert erhalten und dass zu viele Menschen gar nicht krankenversichert sind. Die Gesundheitsreform von Präsident Obama hat letzteres Problem zwar teilweise gelöst, auch wenn Klagen gegen das Gesetz sowie Kürzungen der öffentlichen Unterstützung den Erfolg der Reform möglicher Weise beeinträchtigen werden.

Aber sie trägt (zumindest kurzfristig) wenig dazu bei, die Effizienz zu steigern. ... Der fehlende Zugang zum Gesundheitssystem trägt im erheblichem Maße zur Ungleichheit bei und diese Ungleichheit wiederum untergräbt die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.“ (S. 355/56.)

Das Ziel der Gesundheitsreform ist: Für alle Bürger soll eine bezahlbare Obamacare oder Obama-Versorgung herauskommen. Dies erfordert – auch in Zukunft – jahrelange Kämpfe mit der privaten Gesundheitsindustrie, mit den Versicherungen, der Wall Street und der Opposition im Kongress.

Das dafür gültige Gesetz wurde am 1. Oktober 2012 in Kraft gesetzt. Bereits wenige Wochen nach dem Inkrafttreten wurden Anhörungen zu den bekannt gewordenen Strukturschwächen des Reformpaketes durchgeführt. Beteiligt daran waren Abgeordnete und Senatoren beider Parteien. Sie forderten den Stopp zumindest bis zur Klärung der Probleme.

Zum Kernstück der Obamacare.

Reiner Rupp schreibt dazu in seiner Analyse: „Angesichts der ökonomischen Dimensionen des US-Gesundheitswesens würde

ein Versagen von Obamacare nicht nur katastrophale Folgen für kranke und pflegebedürftige Menschen haben. Über die Parteigrenzen hinweg machen sich Wirtschaftsexperten Sorgen über die Finanzierbarkeit des Gesetzes: Es sind vor allem ältere Menschen mit höheren Gesundheitsausgaben die Obamacare in Anspruch nehmen. Laut Wall Street Journal waren bei den Anmeldern beispielsweise im Bundesstaat Kentucky (Stand vom 4. November) 24 Prozent unter 34 Jahre alt und 37 Prozent kamen aus der Altersgruppe zwischen 35 und 74, davon waren 39 Prozent 55 Jahre und älter.

Es wird vermutet, dass sich aufgrund der Altersschieflage bei den Antragstellern die Altersstruktur noch befestigen wird und Obamacare nur bei hohen staatlichen Zuschüssen bis zu 700 Milliarden Dollar jährlich weiter bezahlt werden könnte. Die beiden bereits tätigen Gesundheitsprogramme Medicaid und Medicare verschlingen bereits 900 Milliarden Dollar. Die drei Programme zusammen würden den Haushalt zu stark belasten so dass noch kein rechter Weg zum Erhalt von Obamacare gefunden ist.

Millionen US-Bürgern droht inzwischen der Verlust ihrer privaten Krankenversicherung, weil die Firmenbosse, die bis jetzt pflichtgemäß gezahlt haben, auf die Obamacare-Alternative verweisen und den bisherigen "Arbeitgeberanteil für bei ihnen beschäftigte Angestellte nicht mehr überweisen. Zugleich haben Gruppen von Ärzten öffentlich erklärt, keine Obamacare-Patienten zu behandeln. Das hat das Obamacare - Programm in den Augen der Versicherten zu einer zweit- oder drittklassigen Krankenkasse gemacht und viele - zumindest vorläufig - vor dem Stellen eines Aufnahmeantrages zurückschrecken lassen. Offiziell wurden für Oktober und November 494 620 bzw. 706 600 Neuaufnahmen erwartet. Für den gesamten Oktober war die Zahl nach Auskunft von Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius sehr niedrig. Schätzungen gehen von weniger als 100 000 aus. Damit wurde gegenüber Präsident Barack Obama eine echte Vertrauenskrise ausgelöst

Auch sechs Wochen nach dem Start gelang es vielen Antragstellern wegen technischer Probleme nicht, sich über das, von der

US-Regierung in Auftrag gegebene Internetportal anzumelden. Symptomatisch für die Korruption in den USA - es wurde ausgerechnet diejenige Firma mit der Behebung von inzwischen Hunderten von Programmierungsfehlern beauftragt, die für die schlechte Arbeit verantwortlich war. Bezeichnender Weise war der Firmeneigentümer schon im Präsidentschaftswahlkampf 2008 als großer Spender aufgetreten.

Am Freitag, den 15. November 2013, hat Präsident Barack Obama persönlich die Schuld an der endlosen Reihe technischer und formaler Probleme bei der Einführung der Gesundheitsreform auf sich genommen und Verbesserungen bis Ende November versprochen. Dazu berief er eine Expertengruppe, an der 20 Spitzenvertreter der US-amerikanischen Versicherungswirtschaft und des Gesundheitswesens teilnahmen. Präsident Obama war daran interessiert, wieder in die politische Offensive zu kommen, seine Gesundheitsreform zum Erfolg zu führen und aus dem tiefen Tal der miesesten Popularitätswerte während seiner bisherigen Präsidentschaftszeit schnellstens wieder herauszufinden.

Zur Situation berichtet am 15. November 2013 auch Damir Fras in der Berliner Zeitung "Pannen über Pannen bei Obamacare" mit dem Untertitel: "Die US-Gesundheitsreform findet kaum Zuspruch. Den Präsidenten kommt das teuer zu stehen":

"Mehr als 30 Millionen Amerikaner sollen erstmals in ihrem Leben eine Krankenversicherung bekommen, so der Plan des US-Präsidenten. Doch gewaltige Computerprobleme und widerspenstige Versicherungsunternehmen behindern den Start des wichtigsten innenpolitischen Projekts von Barack Obamas. Inzwischen wächst selbst im demokratischen Lager der Widerstand gegen Obamacare. Obama, der nach den Enthüllungen über die Datenschnüffelei des Geheimdienstes NSA international an Ansehen verlor, steckt nun auch in seiner Heimat in einer Vertrauenskrise.

Ein weiterer Grund für den geringen Zuspruch zu Obamacare liegt offenbar im Bruch eines Versprechens, das Obama - seit seine Gesundheitsreform im Jahr 2010 vom US-Kongress verabschiedet wurde - immer wieder gegeben hat. Obama sagte, wer

bereits eine Krankenversicherung habe, für den werde sich nichts ändern. Das verstanden viele als Zusicherung, in Zukunft keine höheren Prämien bezahlen zu müssen. Das aber hat sich als falsch erwiesen.

Hunderttausende von Anträgen wurden in den vergangenen Tagen von Versicherungsgesellschaften gekündigt. Die alten Policen entsprechen nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben, die unter Obamacare mehr Leistung und weniger Eigenbeteiligung verlangen. Das lässt die Prämien steigen. Zudem wollen die Unternehmen offenbar potentielle Verluste wettmachen, die entstehen könnten, weil sie künftig verpflichtet sind, auch Neukunden mit gesundheitlichen Vorbelastungen zu vergleichsweise niedrigen Prämien zu versichern. "

John Boehner sagte am 14. November, die Gesundheitsreformgesetze gehörten schleunigst in den Müll.

Noch gefährlicher für den Präsidenten wird der wachsende Widerstand seiner Demokraten eingeschätzt. Es breitet sich außerdem unter Demokraten die Sorge aus, dass sie bei den Kongresswahlen im November 2014 wegen der Pannen abgestraft werden.

Der ehemalige Präsident Clinton rät: "Das Versprechen sollte eingehalten werden, selbst wenn es eine Gesetzesänderung erforderlich machen sollte - von Kommentatoren wurde dies als Ohrfeige für Obama eingeschätzt.

Josef Joffe, Herausgeber der "Zeit", äußerte in einem im Tagespiegel vom 18. November 2013 veröffentlichten Interview zur Gesundheitsreform in den USA:

"Der 44. Präsident der Vereinigten Staaten ist in der schlimmsten aller möglichen Welten gelandet. Er steht jetzt im Feuer von rechts wie von links. Die leckgeschlagene Gesundheitsreform "Obamacare", das Herzstück seiner Amtszeit, gibt den Republikanern Recht, und jetzt merkt auch der gemeine Bürger, dass dieses 4 000 Seiten-Gesetz ein Monstrum geschaffen hat, das hinten und vorne nicht funktioniert. Obamas Anhänger im Kongress verlassen die Fahne. Von links kriegt er Prügel wegen der NSA-

Affäre und dem Drohnenkrieg und die Mitte murt, dass er schlechtweg inkompetent sei - in der Außen- wie in der Innenpolitik. Seine Autorität zerfleddert. Prägnantes Beispiel: Derweil Obama seinen Drahtseilakt in den Atomgesprächen mit dem Iran vollzieht, will ihn der Senat mit neuen Sanktionen aus dem Gleichgewicht werfen."

Barack Obama startet eine neue Kampagne für die Gesundheitsreform

Am 3. Dezember 2013 fand im Eisenhower-Gebäude in Washington eine Veranstaltung unter dem Motto "Die Gesundheitsreform scheiterte bisher vor allem an der Technik" statt. Präsident Obama hatte 19 Persönlichkeiten gebeten, ihn an diesem Tag zu unterstützen. Ihre Geschichten sollten der gesamten Nation zeigen, welche Bedeutung der von ihm vorangetriebenen Gesundheitsreform zukommen könne, wenn sie nach dem bestehenden Gesetz und der dafür erarbeiteten ausführlichen Durchführungsbestimmung in die Tat sauber umgesetzt werde.

Der desaströse Start der Gesundheitsreform am 1. Oktober 2013 hatte Obamas Ansehen selbst bei seinen Anhängern schwer beschädigt. Seine Beliebtheitszahlen sanken auf den tiefsten Stand seit der Amtsübernahme. Im gesamten Land wurde nicht über die Möglichkeit zur neuen Krankenversicherung für Millionen Bürger der USA diskutiert, sondern über eine Vielzahl technischer Probleme für die Bürger, die den Versuch unternahmen, sich dafür einzuschreiben.

Republikanische Widersacher ließen keine Gelegenheit aus, die Startschwierigkeiten als Beleg dafür zu nutzen, dass das ganze Projekt ein politischer Fehler sei. Vier Ausschüsse des Kongresses beschäftigen sich mit der Internetseite Healthcare.gov.

Jetzt hat Präsident Obama nach Wochen bloßer Verteidigung den Kampf für das Gelingen der Reform wieder aufgenommen. Die ersten Dezembertage 2013 sollten dafür einen Neubeginn markieren. Im Eisenhower-Gebäude trat eine junge Frau mit dunkelblonden Haaren an die aufgebauten Mikrofone mit dem Emblem des Präsidenten der USA: Monica Weeks aus Florida erzählte den

überraschten Zuhörern von ihrer Krankheit, Morbus Crohn. Nur dank "Obamacare" habe sie behandelt werden können. Denn die reformierte Krankenversicherung habe es ermöglicht, dass sie auch als Heranwachsende in der Versicherung ihrer Eltern bleiben konnte. Und deshalb, sagte die junge Frau mit einem Lächeln, habe sie nun die Gelegenheit, die Ehre an Barack Obama weiterzugeben. Obama nahm Monica Weeks in den Arm und antwortete dann seinen Kritikern: Beim Klagen über das schlechte Funktionieren der Internetseite sei das eigentliche Grundanliegen aus dem Blick geraten. "Wir haben einen Kampf aufgenommen, weil wir glauben, dass in Amerika kein Bürger daran zerbrechen soll, wenn ein Familienmitglied krank wird" und niemand sollte wählen müssen, ob er Kindern Essen auf den Tisch stellen oder sie zum Arzt bringen könne. "Wir glauben, dass wir ein besseres Land sind als eines, in dem jeden Tag 14 000 ihre Krankenversicherung verlieren, oder wo Zehntausende sterben, weil sie gar keine Versicherung besitzen. Wir sind besser. Und dafür haben wir den Kampf aufgenommen."

Wie bei jedem Projekt habe es Fehler gegeben, beschwichtigte Obama. Man habe deshalb rund um die Uhr an der Behebung der vielen Fehler gearbeitet, damit die Webseite endlich funktioniere. Vermutlich würden sogar noch weitere neue Probleme auftauchen. Auch diese würde man wieder beheben. Jetzt aber funktioniere die Seite für die Antragsteller.

Die politischen Gegner einer umfassenden Krankenversicherungsreform werden diese Erklärungen nicht milder stimmen. Was Obama jetzt starte, so unterstrich der republikanische Minderheitenführer im US-Senat, Mitch Mc Connell sei eine gelungene Kampagne für die Reform, aber es ist durchaus möglich, dass widerstreitende konservative Interessengruppen erklärtermaßen bereits dabei sind, konkrete Pläne zu schmieden, für ihre nächste Medienkampagne gegen die Gesundheitsreform.

Quelle: Der Tagesspiegel vom 5. Dezember 2013, S. 6, Artikel von Barbara Junge, Washington: Wunde am Herzen.

Grundsatzentscheidungen von Präsident Obama über die Notenbank

Im komplizierten Haushaltsstreit und in den Auseinandersetzungen um die Gesundheitsreform wurden Forderungen nach einer Umkehr in der US-Geldpolitik deutlich.

Die Aufkäufe von Schuldverschreibungen und Bankpapieren in Billionenhöhe und die Nullzinspolitik gingen einher mit einer dünnen Kapitaldecke. Der Chef der Notenbank (Fed) Ben Bernanke befürwortet das zaghafte, schrittweise Zurückführen der US-Billigkeitspolitik.

Mitte Dezember 2013 begann die US-Zentralbank ihre Anleihekäufe zurückzufahren und läutete damit in den USA das Ende einer historisch einmaligen Geldschwemme ein. Am 18. Dezember 2013 teilte die Fed der Öffentlichkeit mit, dass sie langsam und vorsichtig ihr geldpolitisches Großexperiment beenden wird. Bisher erwarb sie jeden Monat Staatsanleihen und Hypothekenscheine über 85 Milliarden Dollar. Ab Januar 2014 sollen es nur noch Hypothekenscheine über 35 und Staatsanleihen über 40 Milliarden Dollar sein. Gründe für diesen Schritt seien die Fortschritte in Richtung maximaler Beschäftigung und die verbesserten Aussichten am Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosenquote ist auf sieben Prozent gefallen und liegt damit so tief wie seit fünf Jahren nicht mehr. Das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal 2013 betrug aufs Jahr hoch gerechnet 3,6 Prozent. Und schließlich hat sich der US-Kongress auf einen Haushaltskompromiss geeinigt, der für zwei Jahre verhindert, dass es abermals zu einer finanzbedingten Schließung von Behörden kommt. All dies bewegt die Fed dazu, ihren beispiellosen Stimulus zu mildern: "Sollten die Daten unsere Erwartungen einer anhaltenden Verbesserung der Lage im Wesentlichen bestätigen, werden wir voraussichtlich das Ausmaß der Anleihekäufe weiter zurückfahren", teilte die Fed mit. Ökonomen erwarten, dass die Anleihekäufe Ende 2014 auslaufen werden.

Es wurde vorgesehen, dass am 1. Februar 2014 Ben Bernanke in seinem Amt durch Janet Yellen - so geschehen - abgelöst wird. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA wird damit eine Frau

die mächtigste Notenbank der Welt leiten und damit als eine der wichtigsten Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts in der internationalen Finanzwelt sein.

Seit fast 20 Jahren arbeitet die 67-jährige Wirtschaftsprofessorin in verschiedenen Funktionen für die Fed und seit drei Jahren ist sie Stellvertreterin von Bernanke. Davor war sie bei US-Präsident Bill Clinton als Wirtschaftsberaterin des Weißen Hauses tätig. Die New Yorkerin ist verheiratet mit Wirtschaftsnobelpreisträger George Akerlof, lehrte schon als 30-Jährige an den Eliteuniversitäten in Harvard und Yale.

Janet Yellen liegen die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit besonders am Herzen. Sie wird zu den "Tauben" gezählt und gilt damit zu den Vertretern einer großzügigen Geldpolitik. (Quelle: DER TAGESSPIEGEL vom 29. Dezember 2013, Seite 23 Wirtschaft.)

Zügelt US-Präsident Barack Obama den Abhördienst NSA?

Eine Frage von innenpolitischer aber noch mehr außenpolitischer Brisanz. Im Verlaufe des Jahres 2013 sind in verschiedenen Zusammenhängen über den US-amerikanischen Abhördienst National Security Agency (NSA) eine ganze Reihe Tatsachen bekannt geworden, die nach Meinung von Experten den US-Präsident Obama im Jahr 2014 zu prinzipiellen Entscheidungen über die Zukunft dieser gewichtigen staatlichen Einrichtung zwingen könnten. Selbst eine umfassende Reform des US-Abhördienstes wird gefordert.

Erstmals seit Beginn der NSA-Spionageaffäre stellte ein Bundesgericht die Verfassungsmäßigkeit der Überwachungsprogramme offen in Frage. Der Washingtoner Bundesrichter Richard Leno kritisierte in einer 70-Seiten umfassenden Urteilsbegründung, die politische Sprengkraft enthält, unmissverständlich: "Ich kann mir kein willkürlicheres und rücksichtsloseres Eindringen in die Privatsphäre vorstellen als dieses systematische High-Tech-Sammeln und Speichern von persönlichen Daten fast jedes einzelnen Bürgers."

In den USA waren es bisher vor allem Bürgerrechtsbewegungen, die gegen flächendeckende Überwachungsprogramme der Geheimdienste protestierten. Nun hat erstmals ein Bundesgericht deren Verfassungsmäßigkeit in Zweifel gezogen.

Am 16. Dezember 2013 verurteilte das Bundesgericht das systematische Abgreifen von Telefondaten durch die NSA als gravierende Verletzung des vierten Zusatzartikels der Verfassung, der die Bürger vor unverhältnismäßigen staatlichen Durchsuchungen schützt. Zudem führe die Regierung nicht einen Fall an, in dem massenhafte Datenspeicherung einen bevorstehenden Terroranschlag gestoppt hat.

Zur Geschichte des National Security Agency (NSA)

Am 4. November 1952 wurde die NSA mit dem Auftrag gegründet, ausländische Geheimdienste auszuspionieren. Über 30 km von der Hauptstadt Washington, D.C. entfernt wurde dafür im Bundesstaat Maryland eine eigene Stadt geschaffen, die wegen ihres Fokus auf Entschlüsselungen von Daten "Crypto -City" genannt wurde.

Der National Security Agency steht heute jährlich ein Budget von 10,8 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, das ausgegeben wird für:

- * Systemverwaltung und Infrastruktur (Rechencenter, Computersysteme, Software und Forschung = 5,3 Milliarden US-Dollar
- * Datensammlung(Computernetzwerk-Überwachung, Überwachung von besonderen Quellen, Funküberwachung und Sonstiges) = 2,5 Milliarden US-Dollar
- * Datenaufbereitung,(Knacken von Codes und Verschlüsselungen durch Computeranalyse) = 1,6 Milliarden US-Dollar
- * Datenanalyse (Bei Aufbereitung und Gewichtung der gewonnenen Daten sind Menschen unersetzlich (Vorbereitung und Einrichtung der Analyse, Auswertung/Analyse) = 1,5 Milliarden US-Dollar

Seit Juni 2013 steht die NSA im Mittelpunkt des größten Skandals der Geheimdienstgeschichte. Dank des Whistleblowers Edward Snowden werden ständig neue Details über die Spähprogramme der NSA und ihrer Verbündeten bekannt. Snowden arbeitete fast 10 Jahre als IT -Spezialist für US-Geheimdienste oder private

Dienstleister der Sicherheitsbranche. Monatelang kopierte er sensible NSA - Daten, um sie zu veröffentlichen. Er erntete große Anerkennung und ein Dankeschön von Bürgern vieler Länder der Erde. Über seine Handlungen zog der Ex - NSA - Mitarbeiter Edward Snowden folgende Bilanz: "Er habe sein Ziel erreicht, sagte der 30 - Jährige, der in Russland im Asyl lebt, der "Washington Post". "Ich habe bereits gewonnen." Er habe nicht die Gesellschaft ändern, sondern ihr eine Chance geben wollen, herauszufinden, ob sie sich ändern wolle. In einer vom britischen Sender Channel 4 ausgestrahlten Fernsehansprache rief Snowden zum Ende der weltweiten Massenüberwachung auf. Der Autor George Orwell habe in seinem Buch "1984" einst von den Gefahren solcher Informationen gewarnt, sagte Snowden im britischen Fernsehen. Die in dem Buch aufgeführten Überwachungsmethoden seien jedoch nichts im Vergleich zu dem, was heute möglich sei. Quelle: DER TAGESSPIEGEL vom 27. Dezember 2013, Seite 4 Politik

Bekannt wurde, dass die NSA im Jahr 2012 insgesamt 20 Millionen Telefonverbindungen und 10 Millionen Internetdatensätze in Deutschland ausgespäht haben soll, was nun zur Debatte steht. Naturgemäß ist die NSA nicht an einer öffentlichen Aufklärung interessiert, aber die von US-Präsident Obama eingesetzte Expertengruppe verlangt verbindliche Antworten auf ihre Reformvorschläge zur Zügelung der NSA. Aber auch die Welt insgesamt erwartet 2014 von den USA weltweit praktikable Handlungen, die auf Frieden und internationale Sicherheit gerichtet sind.

Nachtrag:

In der Geschichte der USA war 2013 nicht der erste Shutdown. Während der Präsidentschaft von Bill Clinton hat ein insgesamt 27 Tage andauernder Shutdown stattgefunden. Im vorliegenden Text haben wir schwerpunktmäßig die politischen, ökonomischen und ideologischen Probleme sowie Folgeerscheinungen des "Government Shutdown 2013" in ihrer Komplexität dargestellt und gleichermaßen versucht das gegenwärtige Ringen um das innenpolitische Prestigeprojekt des Präsidenten - die Gesundheitsreform - zu hinterfragen.

Es zeigt sich: Wesentlich wird sein, welche Antworten der US-Präsident Barack Obama auf folgende Fragen findet:

Kann er im Kongresswahljahr 2014 solche grundlegenden Entscheidungen in seiner Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik treffen, die ihm am Wahltag Veränderungen in den beiden Kongress-Kammern zugunsten seiner Demokratischen Partei beschere- ren? Erreicht er sein angestrebtes persönliches Ziel, als erster schwarzer Präsident der USA in die Geschichte als ein bedeut- samer Präsident einzugehen? Diese Fragen werden maßgeblich Einfluss auf die Innenpolitik aber auch auf die Außen- und Si- cherheitspolitik der USA und persönlich ihres Präsidenten haben.

Was aber auch möglich ist: Es setzen sich die negativen Trends, die vor allem in den letzten anderthalb Jahren der Republikani- schen Partei zu politischen und ideologischen Erfolgen verholfen haben, fort und im Kongresswahljahr 2014 sie ihr strategisches Ziel, im gesamten Kongress über die Mehrheit zu verfügen, blie- be für den Präsidenten Barack Obama in seinen letzten drei Amtsjahren nur die Stellung einer "lahmen Ente", wie das in der politischen Sprache der USA drastisch genannt wird. Was dies hinsichtlich Inhalt, Ausmaß und Folgeerscheinungen in der poli- tischen Praxis insgesamt bedeutet, ist heute noch nicht absehbar.

Am 26. Januar 2014 erklärte Präsident Obama in seiner Botschaft und Rede zur Lage der Nation das Kongresswahljahr 2014 zum "Jahr des Handelns und der Taten für mehr soziale Gerechtig- keit". Bewusst konzentrierte er sich auf die Wirtschafts- und So- zialpolitik. Beobachter äußerten zu dieser fünften Rede zur Lage der Nation: Barack Obama könnte bei konsequenter praktischer Umsetzung als ein US-Präsident wirken, der zupacken und Din- ge gegen die soziale Ungleichheit bewegen kann. Er muss aber erst noch den Beweis dafür liefern, dass sich die USA "in einer besseren Ausgangslage als jedes andere Land auf der Welt befin- den, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meis- tern".